

## **Netanjahu stellt alle vor die Wahl Mit einer Nachbetrachtung zur Massenkundgebung in Paris**

**von Reiner Bernstein<sup>1</sup>**

Jetzt ist es amtlich: Benjamin Netanjahus als großzügig gefeierte Bereitschaft vom Juni 2009, den Palästinensern einen eigenen Staat zuzugestehen, hat sich erledigt. Als Reaktion auf den palästinensischen Gang zum Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag und als seine Antwort auf den „*Terror gegen Babys, Kinder, Frauen und Männer in den vergangenen hundert Jahren*“ hat der Ministerpräsident das Ende einer Zweistaatenregelung verkündet und hinzugefügt, dass er im Falle seines Wahlsieges am 17. März keine einzige Siedlung in der Westbank aufzulösen gedenke, nachdem ein Rückzug aus Ost-Jerusalem von vornherein außer Frage steht.

Mit Netanjahus Ankündigung geht für die westliche Diplomatie eine Epoche zu Ende, in der sie trotz aller gegenteiligen Evidenz am Ziel eines souveränen Staates Palästina festhalten wollte. Spätestens seit Jimmy Carters unermüdlichem Einsatz 1978 in Camp David, als der Friedensvertrag mit Ägypten um eine politische Perspektive für die Palästinenser erweitert werden sollte, hatten sich die USA, durch mangelnde Vertrautheit mit der politischen Psychologie vor Ort ständig ausgebremst und um ihre nationalen Interessen bangend, um koexistentielle Regelungen bemüht, zuletzt vergeblich John Kerry bis zum April vergangenen Jahres. Europa hingegen hat sich bislang damit begnügt, auf Washingtons Signale zu warten.

---

<sup>1</sup> Abgeschlossen am 10. Januar 2015. Vgl. dazu die Eintragung besonders unter dem 07.02.1014 in der Zeitleiste dieser Homepage.

Dass der französische Staatspräsident François Hollande Netanjahubat, am 11. Januar auf die Teilnahme an der Solidaritätskundgebung in Paris zu verzichten, dürfte als weiterer Beleg für die Verdrossenheit über die israelische Politik gelten.

Der Ministerpräsident nutzte denn auch die Gelegenheit, zum Verdruss der Franzosen die Juden zur Einwanderung nach Israel aufzurufen. Vielleicht ist auch die wohl nicht ganz zufällige räumliche Nähe von Angela Merkel und Machmud Abbas in der ersten Reihe ein Zeichen für politischen Realismus. Die jüngste Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung unter Israelis und Palästinensern über das hohe Ansehen der Bundesrepublik mit dem Wunsch, dass die Bundesregierung eine stärkere friedenspolitische Rolle im Konflikt zwischen beiden Völkern einnehmen möge, sollte eine Ermutigung sein.

### Mehr als Pfeifen im Walde?

Die internationalen Einwirkungsmöglichkeiten sind also begrenzt, so dass die Regierung in Jerusalem vordergründig einmal mehr die Oberhand zu behalten scheint. In einem für die Knesset erstellten Bericht heißt es ergänzend, dass sich die Exporte in die Europäische Union seit 2005 auf 15,6 Milliarden US-Dollar verdoppelt hätten und dort, wo sich einzelne Staaten Zurückhaltung auferlegen, asiatische Länder einspringen würden.

Die Botschaft an Brüssel lautet: Auch die Guidelines vom Juni 2013, Waren und Dienstleistungen jüdischer Herkunft aus den palästinensischen Gebieten und von den Golanhöhen die freie Aufnahme in die Märkte Europas zu verweigern, haben auf der makroökonomischen Fläche nur begrenzte Wirkungen entfaltet, zumal da ein erheblicher Teil der Ausfuhren aus (elektronischen) Bauteilen bestehe, die sich in Produkten weltweit operierender

Unternehmen wiederfänden, so dass deren Herkunft kaum zu kontrollieren sei, wird im Modus des Triumphs ergänzt.

Es fällt schwer, den Bericht für bare Münze zu nehmen. Denn israelische Kommentatoren haben prophezeit, dass sich der heraufziehende Wahlkampf einmal mehr nicht um die Politik gegenüber den Palästinensern, sondern um wirtschaftliche und soziale Belange drehe. Vor allem zu Lasten von Bildungsaufgaben, von Kindergärten, von Krankenhäusern und Sicherungssystemen werden die öffentlichen Haushalte geplündert. Die Forderung aus der Arbeitspartei, die Überweisung von weiteren 21,8 Millionen US-Dollar in die Siedlungen zu stoppen, ist dem Wahlkampf zuzuschreiben und kommt zu spät.

#### „Marsch in einen Staat zweier Nationen“

Der Analyse von Staatspräsident Reuven Rivlin, die Gesellschaft sei krank, liegt eine lange Geschichte zugrunde. Nicht von ungefähr ist dazu die Frage aufgeworfen worden, warum Netanjahu denn den Gang nach Den Haag scheut, wo der Staat Israel nach seiner Überzeugung das Gesetz achte und das Militär gemäß dem internationalen Recht handle. Es müsste dem Ministerpräsidenten doch hochwillkommen sein, dass die Autonomiebehörde ihrerseits durch die Unterschrift unter das Rom-Statut von 1998 als Grundlage des Strafgerichtshofes zur Achtung internationaler Verträge und Konventionen verpflichtet ist.

Wie vor ihm Rivlin, der die Zwei-Staaten-Lösung strikt ablehnt, vertritt neuerdings auch Ehud Barak die Auffassung, dass die internationale Staatengemeinschaft den Status quo nicht länger hinnehmen werde – eine Warnung, anstelle der Okkupation den Palästinensern das Wahlrecht zur Knesset einzuräumen. Israel befinde sich auf dem Marsch in Richtung eines Staates für zwei

Nationen und nähere sich der „*point of no return*“, was die Isolierung gegenüber der Außenwelt angehe.

Es dürfte wenig aussichtsreich sein, dass sich Israel in dem von geostrategischen Umbrüchen sowie von Bürger- und religiösen Kriegen geplagten arabischen Nahen und Mittleren Osten in jener vermeintlich ethnischen Homogenität behaupten kann, die dem Postulat eines jüdischen Staates zugrunde liegt. Durch die Mitgliedschaft von Avraham Burg in der überwiegend arabischen „Demokratischen Front für Frieden und Gleichheit“ wird erstmals ein Zeichen gesetzt, die Sortierung der Parteienlandschaft nach ethnischen und religiösen Prinzipien zu durchbrechen.

Dass ihn ausgerechnet Yossi Beilin, der Leiter des israelischen Teams der „Genfer Initiative“, dafür kritisiert hat, ist von dem früheren Knesset-Präsidenten mit der Bemerkung zurückgewiesen worden, sein Freund – dem er den Einstieg in die Politik verdanke – hänge noch immer an den alten Slogans, wonach sich der Zionismus noch nicht mit der Gründung des Staates Israel 1948 erfüllt habe. Dieser sei zwar zu einem erstaunlichen Erfolg für die jüdischen Staatsbürger, jedoch zur Ursache der Verzweiflung für alle anderen geworden.

Die Zeit sei gekommen, so Burg, die Rolle der zionistischen Bewegung durch eine Empfindung für den Israelismus („*Israeliness*“) zu ersetzen – gleiche Rechte für alle Staatsbürger anstatt Ungerechtigkeit und Diskriminierung im Namen einer Ideologie, die sich überholt habe.

Noch widmen sich der als „*egomanisch*“ und „*manipulativ*“ charakterisierte Ehud Barak und der persönliche Eitelkeit nicht verlegene Avraham Burg nicht dem Problem der politischen Doppel-Souveränität. Doch wird diese Klärung unausweichlich sein, um Israel vor jener Selbstgerechtigkeit zu bewahren, die der einstige

Premier um das ostentative Angebot ergänzt hat, wie weiland Charles de Gaulle beim französischen Rückzug aus Algerien als nationale Führungsreserve bereitzustehen. Und plötzlich soll das das bis zur politischen Bewusstlosigkeit traktierte Gespenst des „demographischen Faktors“ – einer nationalen Bedrohung durch palästinensische Geburtenüberschüsse – keine Rolle mehr spielen.

### Was macht Berlin?

Für die Bundesregierung wird die Entwicklung ausgerechnet im 50. Jahr der diplomatischen Beziehungen vor unliebsame Herausforderungen stellen. Dehnt sie das Prinzip der kollektiven Sicherheit, das ihre Hilfsmaßnahmen gegen die Terrormilizen des „Islamischen Staates“ im Irak und in Syrien begründen soll, zu einer Bestandsgarantie für Israel aus? Wird sich Berlin auf die UN-Charta berufen, die in Kapitel VII die Einmischung in innerstaatliche Angelegenheiten ohne Mandat des Sicherheitsrates untersagt, oder will die Bundesregierung gemäß den normalen Beziehungen auf historischem Hintergrund einer entsprechenden Aufforderung aus Jerusalem im Alleingang Folge leisten, wofür kein Mandat des Bundestages ausreichen würde?

Fest steht, dass von einer Bedrohung des Weltfriedens durch die konstitutionelle Neuordnung des Geländes zwischen Mittelmeer und Jordan keine Rede sein kann. Stattdessen bleibt es dabei, dass beide Völker auf diesem 26.000 Quadratkilometer kleinen Landstrich nur gemeinsam nach innen und nach außen Frieden finden sowie Gewalt und Terror auf beiden Seiten abwenden können. Die Verbrechen islamistischer Terroristen in Paris waren für die Palästinenser freilich eine einzige Katastrophe.

Erschreckend bleibt, dass die Hassparolen gegen die französischen Juden, die sich in dem vierfachen Mord im Pariser Lebensmitteladen

„Hyper Cacher“ niederschlug, keinen Zusammenhang mit dem Verbrechen gegen die Mitarbeiter von „Charlie Hebdo“ hatten – als ob Demokratie mit Antisemitismus kompatibel sei.

-.-.-.-.-